

Dario Azzellini



Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune

Bewegungen und soziale Transformation
am Beispiel Venezuela

Dario Azzellini
Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune

Dario Azzellini ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz (Österreich), Autor und Dokumentarfilmer. Schwerpunkt seiner Studien sind Prozesse sozialer Transformation, Bewegungen, demokratische Planung, partizipative Demokratie und Arbeitermit- und Arbeiterselbstverwaltung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen zu Italien, Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Privatisierung militärischer Dienstleistungen, Migration und Soziale Bewegungen, die in diverse Sprachen übersetzt wurden. Verschiedene Dokumentarfilme zu Bewegungen, Nicaragua, Mexiko und Venezuela, Zuletzt »Comuna im Aufbau«. Seine Essays wurden in WorkingUSA, Herramienta, Otra Economía, Socialism and Democracy, Blätter für deutsche und internationale Politik und anderen Journalen veröffentlicht. Er gehört zum Herausgeberrat von WorkingUSA und Cuadernos de Marte und ist Mitherausgeber der »International Encyclopedia of Revolution and Protest. 1500 to the Present«. E-Mail: dario@azzellini.net

Dario Azzellini

Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune

Bewegungen und soziale Transformation
am Beispiel Venezuela

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.azzellini.net

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

© VSA: Verlag 2010, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
Umschlagfoto: Dario Azzellini
ISBN 978-3-89965-422-6

Inhalt

Einführung	10
------------------	----

Teil 1: Von der ausschließenden Demokratie zur partizipativen Verfassung

Kapitel 1: Entstehung und Niedergang des traditionellen Parteiensystems	26
1.1 Demokratisierung, demokratischer Putsch und Diktatur (1936-1958)	27
1.2 Der Pacto de Punto Fijo: Vom Abkommen zum System	29
1.3 Venezuela Saudita und die Reformlinke	35
1.4 Die 1980er Jahre: Krise und Protest	39
1.5 Die anti-neoliberale Revolte Caracazo	41
1.6 Von der sozialen zur politischen Polarisierung	43
Kapitel 2: Militärs, bewaffnete Linke und Bolivarianismus	50
2.1 1958 bis 1969: Rechte Putschversuche, linke Militäraufstände und die Guerilla. Das Militär als Verteidiger der paktierten Demokratie ...	50
2.2 Vom Erdölboom zur Krise: Korruption, Klassenwidersprüche, Verteilungskämpfe und die Option des zivil-militärischen Aufstandes	55
2.3 Krise und zivil-militärische Organisation	58
2.4 Die zivil-militärischen Aufstände von 1992	60
Kapitel 3: El Bolivarianismo	63
3.1 Politische, soziale und kulturelle Einflüsse des Bolivarianismus	67
3.2 Chávez, MBR-200 und die programmatisch-ideologischen Grundpfeiler des politischen Projekts	68
Kapitel 4: Der verfassungsgebende Prozess und die neue Verfassung	72
4.1 Die verfassungsgebende Versammlung und der Weg zur neuen Verfassung	72
4.2 Die Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela	78
4.3 Kritik an der Verfassung von 2000	81
4.4 Die gescheiterte Verfassungsreform 2007	83

Teil 2: Demokratie, Partizipation und Pueblo Soberano

Kapitel 5: Demokratie, Zivilgesellschaft und Populismus	88
5.1 Demokratie in Lateinamerika	91
5.2 Venezuela: Demokratie versus Demokratie	96
Vorwurf delegative Demokratie 99 Einige Anmerkungen zur Justiz in Venezuela 99 Wahlen in der República Bolivariana de Venezuela 102 Demokratische Verfasstheit der Bevölkerung 106 Antipolitik oder Ablehnung der Repräsentation? 108	
5.3 Zivilgesellschaft	110
Unrühmliche Rolle des Begriffs Zivilgesellschaft in Venezuela 112	
5.4 Populismus: Verführung oder potenziell revolutionäre Mobilisierungstechnik	115
Kapitel 6: Partizipative und protagonistische Demokratie	125
6.1 Partizipation, direkte und radikale Demokratie	125
Partizipation: Eine notwendige Klärung 125 Direkte und radikale Demokratie 127	
6.2 Konstituierende Macht und Gegenmacht	130
Konstituierende Macht – Das Konzept von Antonio Negri 131 Venezuela: Konstituierende und konstituierte Macht 137 Gegen- macht: Widerstand, Aufstand und konstituierende Macht 142	
6.3 Die andere Demokratie und die andere Revolution	144
Partizipative und protagonistische Demokratie in Venezuela 144 Partizipation von Frauen 150 Parteien und Partizipation 151 Poder Popular als Praxis des Aufbaus des Sozialismus 154 Gefahren und Probleme im Aufbau von Poder Popular 158 Estado Comunal – Staat oder Nicht-Staat 159	
Kapitel 7: Klasse, Multitude und Pueblo Soberano	161
7.1 Klasse und Klassenkampf: eine marxistische Interpretation	161
7.2 Multitude als Klasse?	164
7.3 Klasse und Pueblo Soberano	166
Zentralität des Territoriums: Barrio und Comunidad als Ebene der Identifikation 171	
Kapitel 8: »Soziale Bewegungen« und Selbstorganisation	174
8.1 Soziale Bewegungen als politische Akteure: Neue Parameter und veränderte Strategien	174
Populäre Bewegungen und Organisationen im neuen Umfeld 177 Selbstorganisation von oben? 180	

Teil 3: Soziale, ökonomische und politische Partizipation: Mechanismen und Ergebnisse

Kapitel 9: Die Sozialpolitik der Chávez-Regierung	184
9.1 Misiones – Flexible Parallelinstitutionen	186
9.2 Misiones konkret	192
Barrio Adentro: Aufbau einer flächendeckenden kostenlosen Gesundheitsversorgung 194 Misión Alimentación: Ernährung als Grundrecht 197 Priorität Bildung 201	
Kapitel 10: Weitere Formen der protagonistischen Partizipation	206
10.1 Mesas Técnicas de Agua – Partizipation an der Gestaltung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung	206
10.2 CTU: Urbane Landkomitees	209
10.3 Contraloría Social	212
10.4 Parlamentarismo Social de la Calle – Die öffentliche Debatte von Gesetzesinitiativen	213
Kapitel 11: Demokratisierung der Verwaltung von und des Besitzes an Produktionsmitteln	216
11.1 »Andere« Entwicklung und Ausbildung	220
Die radikale endogene Entwicklung 220 Berufsbildung: Von der Misión Vuelvan Caras zur Misión Che Guevara 222	
11.2 Neue Unternehmensformen und soziale Verantwortung der Produktion	225
Kooperativen 225 EPS: Drei Namen – ein Kürzel 228 Rück- eroberte Unternehmen 230	
11.3 Cogestión, Selbstverwaltung und Arbeiterkontrolle	233
Privatunternehmer zur cogestión bewegen: Fábrica adentro 234 Von der Cogestión zu den Räten 235 Die »rückeroberte« Fabrik Inveval 236 Von der Enteignung zur Cogestión 237 Von der Kooperative zur sozialistischen Fabrik 239 Die staatliche Alumi- niumhütte Alcasa 240 Die Cogestión Revolucionaria 240 Die Niederlage der Cogestión: Ursachen und Perspektiven 242	
11.4 Auf der Suche nach der sozialistischen Ökonomie	244
Kapitel 12: Die Entwicklung Venezuelas in Zahlen	248

Teil 4: Formen lokaler territorialer Partizipation: Die Consejos Comunes und ihre Vorläufer

Kapitel 13: Ursprünge der Consejos Comunes und Vorläufer der lokalen Partizipation	261
13.1 Partizipativer Haushalt	261
13.2 Der gescheiterte Ansatz der CLPP	262
13.3 Constituyente Municipal	265
13.4 Formen lokaler Selbstregierung und Partizipation	267
Gobiernos Comunitarios im Munizip Libertador (Carabobo) 267	
GOL in Caracas 269	
Kapitel 14: Die Consejos Comunes	271
14.1 Die Entstehung der Consejos Comunes	272
Konstituierung und Zusammensetzung der CCs 274 Die Präsi- dialkommissionen der Poder Popular 276 Rigides Gesetz und flexible Praxis 277 Finanzierung und Finanzverwaltung der CCs 278 Projekte der CCs 281 Dezentralisierung oder Zentra- lisierung 284 Selbstverwaltung auf höherer Ebene: Comunas Socialistas und Ciudades Comunes 285	
14.2 Entwicklung, Stand und Widersprüche der CCs	287
Das Verhältnis zwischen CCs und Institutionen 290 Conse- jos Comunes und Movimientos Populares 294 Verhältnis CCs und Comunidades 297 Die Aneignung der Consejos Comunes durch die Comunidades und den Staat 299	
Kapitel 15: Die Consejos Comunes als Partizipationsinstrument – eine empirische Untersuchung in Caracas	301
15.1 Consejo Comunal »Emiliano Hernández«, Magallanes de Catia, Caracas	303
15.2 Consejo Comunal »Benito Juárez«, Libertador, Caracas	320
15.3 Weitere Consejos Comunes in Caracas im Überblick	332
15.4 Schlussfolgerungen	341
Schluss: Partizipative und protagonistische Demokratie und Aufbau von zwei Seiten – eine vorläufige Bilanz	350
Wahlen zur Nationalversammlung 2010	359
Anhang	363
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	364
Abkürzungen	365
Interviews	368
Literatur	373

Vielen Dank an meine Familie, Joachim Hirsch, John Holloway, die Hans-Böckler-Stiftung, Richard Saage, das Institut für Sozial- und Humanwissenschaften (ICSyH) an der Benemérita Universidad Autónoma de Puebla (BUAP), Carlos Figueroa, Sergio Tischler, Adriana Rivas, Sandra Heil, Leticia Hillenbrand, Monica León, Berenice Hernández, Gerald Raunig, Eduardo Daza, die Arbeiterinnen und Arbeiter von Alcasa und Inveval, die interviewten *Consejos Comunales* und die Menschen und Bewegungen in Venezuela. Meine Arbeit wäre nicht möglich gewesen ohne einen umfassenden Austausch, unzählige Diskussionen, Erfahrungen, Anregungen und Kritiken. Ich habe stets versucht, so viel wie möglich auch zurückzugeben.

Einführung

»Es geht darum, die Politik als Einsatz zu verstehen und der Politik als vorher bestehendes, externes und objektiviertes Wissen eine Absage zu erteilen. Eine Politik, die von uns den ununterbrochenen Aufbau provisorischer Synthesen verlangt und von neuen sozialen Beziehungen, die die kommende sozialistische Gesellschaft vorwegnehmen. Die Ausarbeitung einer Strategie, in der nicht auf die Möglichkeit verzichtet wird, den Staat neu zu definieren, um dahin zu gelangen, dass dieser zumindest nicht mehr so sehr zu dem ›feindlichen Ökosystem‹, dem Kapitalismus, beiträgt und Politiken entwickelt, die auf die sozialen Bewegungen ausgerichtet sind, diese aber zugleich nicht von der Staatsmaschinerie aufgesaugt werden. Eine Politik, welche die Dynamiken der Souveränität und Autonomie synthetisiert, aber die Spannung/den Widerspruch mit dem Staat aufrecht erhält, denn ihr letztes Ziel muss die klassenlose Gesellschaft sein.« (Nicanoff 2007: 11)

Mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch den früheren Armee-Oberst Hugo Chávez Anfang 1999 begann in Venezuela ein tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozess, der zum Überdenken traditioneller und neuer linker Konzepte zwingt. Alle Theorien und Thesen über soziale Transformation, Übernahme des Staates und revolutionäre Prozesse haben sich in Venezuela als unangebracht erwiesen, gleich welcher linken politischen Orientierung sie entstammten. Der Prozess nährt sich aus einem großen Reservoir politisch, sozial und strukturell unterschiedlicher Gruppen und Organisationen mit verschiedenem historischen Hintergrund, die als *Bolivarianische Bewegung*¹ bezeichnet werden. Bolivarianismus ist dabei mehr eine Sammlung von Werten und konkreten Praxen als eine festgefügte Ideologie. Angestrebt wird eine »partizipative und protagonische Demokratie«.² War diese Ende der 1990er Jahre in eine breite anti-neoliberale Politik eingebettet, wurde im Laufe der Zeit eine sozialistische Orientierung immer stärker, die aber nicht ideologisch vordefiniert ist.

Eine zentrale Charakteristik dieses Prozesses liegt darin, dass die Transformation der Gesellschaft und die Neudefinition des Staates von zwei Seiten (Zibechi 2006), einerseits vom Staat, den Institutionen und traditionellen

¹ In Anlehnung an den Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar.

² »Protagonistisch« meint, dass in erster Person gehandelt und nicht delegiert wird.

linken Organisationen und andererseits von den Bewegungen und der organisierten Gesellschaft aus erfolgt. Es ist ein Aufbau *von oben* und *von unten*. Teil des Prozesses sind sowohl Basisorganisationen und -bewegungen wie auch Personen aus Organisationen mit traditionellerer Prägung (z.B. Gewerkschaften und Parteien), es gibt zugleich etatistische und antisystemische Tendenzen.

Seit 2006 verortet sich der Transformationsprozess explizit in der sozialistischen Traditionslinie der Rätemodelle, an die auch indigene und afro-amerikanische Widerstandserfahrungen anknüpfen können. Partizipationsmöglichkeiten und Rätestrukturen wurden ausgeweitet, gestärkt und neu eingeführt. Die Rätestrukturen in verschiedenen Gesellschaftssektoren sollen die Grundlage des venezolanischen Sozialismus bilden: Sie sollen zusammenarbeiten und sich auf höherer Ebene verbinden, um so perspektivisch den bürgerlichen Staat durch einen »kommunalen Staat« abzulösen. Zentral und am weitesten fortgeschritten sind die Kommunalen Räte CCs (*Consejos Comunales*). Auch wurde eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen eingeleitet, um strukturelle Veränderungen in der Ökonomie sowie die Demokratisierung der Besitz-, Arbeits- und Produktionsverhältnisse voranzutreiben (Azzellini/Ressler 2006; Azzellini 2007a). Dabei wird versucht, die Trennung von Ökonomie, Politik und Sozialem abzubauen und tendenziell aufzuheben. Diese liegt dem Kapital zu Grunde, welches sie ständig reproduziert, während der Staat sie reguliert.

Die Trennung der Sphären ist eine der wesentlichen Grundlagen des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates. Nicht ganz zufällig findet sich diese Konzeption erstmals in Niccolò Machiavellis (1467-1527) »Il Principe«, einer »Anleitung für die neuen Herrscher der italienischen Stadtrepubliken, einer der historischen Anfänge des Kapitalismus«. Es handelt sich also um eine grundlegende Frage für eine emanzipatorische Perspektive. Sie ist allerdings in den meisten Transformationsprozessen bisher nicht angegangen worden.

Dieses Buch ist also keine Länderstudie für Lateinamerikaspezialisten. Die kritische Untersuchung des Transformationsprozesses in Venezuela und des Verhältnisses zwischen Staat und Bewegungen ist bedeutend für die Weiterentwicklung sozialistischer und demokratiethoretischer Erkenntnisse und liefert zahlreiche Ergebnisse und Anregungen, die auch international für die Suche nach demokratischen und sozialistischen Alternativen und die Möglichkeiten, radikale, also grundlegende, Veränderung aktuell zu denken, von Bedeutung sind.

In der Politik der Praxis – was weder die Theorie noch ihre Bedeutung negiert – liegt die Herausforderung darin, soziale Beziehungen und Mechanismen, Institutionen und Strategien für den Übergang zum Sozialismus stän-

dig neu zu erfinden. Unter Berücksichtigung vergangener Erfahrungen, aber ohne Vorlagen oder objektivierete Weisheiten. So wie es Marx bezüglich der Pariser Kommune feststellte, hat die Arbeiterklasse »keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. [...] Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisellschaft entwickelt haben.« (Marx 1871: 343)

Auf die Eigenständigkeit legte auch der venezolanische Frühsozialist Simón Rodríguez, Lehrer Simón Bolívars und eine der zentralen historischen Referenzpersonen des Bolivarianismus, großen Wert, der bereits Anfang des 19. Jahrhunderts feststellte: »Wo sollen wir nach Modellen suchen? Das spanische Amerika ist ein Original. Das müssen auch seine Institutionen und seine Regierung sein. Und eigen müssen auch die Wege sein, diese zu entwickeln. Wenn wir nicht neu erfinden, dann irren wir.« (Rodríguez zit. nach Contreras 1999: 112) Ebenso unterstrich Rosa Luxemburg, »das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung«, und verwies auf die Bedeutung der Basis, der konstituierenden Macht,³ denn der Sozialismus könne weder das Werk einiger weniger sein, noch oktroyiert werden. »Nur ungehemmt schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält *schöpferische Kraft*, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.« (Luxemburg 1918: 360)

Das permanente »neu erfinden« spiegelt sich in Venezuela in der Praxis wider. Verschiedene und neue Formen, Ansätze, Initiativen und Institutionen bestehen teilweise nebeneinander, werden propagiert und wieder verworfen. Was zahlreichen liberal-demokratischen Analysten als Unbeständigkeit oder Unklarheit erscheint, ist vielmehr Ausdruck einer Offenheit und Suche nach neuen Wegen. Dies stellt selbstverständlich kein Erfolgsrezept dar. Der Aufbau von zwei Seiten ist voller Widersprüche und Konflikte. Die meisten Fragen werden nicht unbedingt gelöst, aber vom venezolanischen Prozess völlig neu gestellt. Der Prozess in Venezuela zwingt die Linke also dazu, zahlreiche Kategorien zu überdenken. Dazu gehören gleichermaßen Überlegungen zu Staat, Ökonomie, Partizipation, Demokratie und Strategien und Wege gesellschaftlicher Transformation.

³ Die konstituierende Macht meint die den Menschen innewohnende legitime kollektive Kraft, Neues hervorbringen ohne es vom Bestehenden ableiten zu müssen oder sich dem unterzuordnen.

Der venezolanische Sonderweg

Venezuela befand sich seit Beginn der 1980er Jahre in einer schwerwiegenden ökonomischen Krise, die sich zu einer Krise des politischen Systems auswuchs. In diesem Kontext wirkten der *Caracazo* genannte Volksaufstand gegen neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen 1989 und die beiden 1992 von Teilen der Armee angeführten linken Umsturzversuche konstituierend für die Bolivarianische Bewegung. Inmitten der Krise traditioneller Herrschaft nahmen die populären Bewegungen verstärkt autonome Positionen ein und gingen von spezifischen punktuellen Forderungen (z.B. Lösung eines konkreten Problems) zunehmend zu Forderungen nach Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und konstituierender Macht über.

Die wachsende soziale Polarisierung bei gleichzeitigem Zerfall des traditionellen Repräsentationengefüges begünstigte im Dezember 1998 die Wahl von Chávez, der den ersten Umsturzversuch angeführt hatte, zum Präsidenten. Getragen wurde seine Kandidatur von einer Vielzahl linker Parteien, Organisationen und Einzelpersonen. Nach seiner Wahl leitete er einen Verfassungsgebenden Prozess ein. Eine Verfassungsgebende Versammlung wurde gewählt, eine neue Verfassung mit verstärkter direkter Partizipation der Gesellschaft ausgearbeitet und im Dezember 1999 via Referendum angenommen. Sie postuliert eine »partizipative und protagonistische Demokratie« und geht von einem erweiterten Partizipationsbegriff aus, der über eine neu definierte politische Partizipation hinaus soziale, ökonomische, kulturelle und kollektive Rechte für spezifische Gruppen umfasst. Nachdem die Regierung auf allen Ebenen, und vor allem im schwierigen Bereich der Sozialpolitik, auf die Schwierigkeit oder gar Unmöglichkeit der Neuausrichtung öffentlicher Politiken stieß (Lander 2007a: 71), begann ab 2003 der Aufbau von Parallelstrukturen (vor allem durch die *misiones* genannten Sozialprogramme) mit starker Partizipation von unten.

War der Anspruch der Partizipation zunächst in einem Diskurs über Demokratie eingebettet, der jenseits von Kapitalismus und Sozialismus einen »Dritten Weg« postulierte, verschob er sich im Verlauf zunehmend nach links und ab 2005 bezeichnete Chávez den Sozialismus als einzige Alternative zum notwendigerweise zu überwindenden Kapitalismus. Diese Radikalisierung vollzog sich nach den erfolgreichen Massenmobilisierungen gegen den Putsch im April 2002 und gegen den Unternehmerstreik 2002/2003 (Lander 2009). Ab 2007 wird Partizipation auch als offizielle Regierungspolitik in einen Zusammenhang mit *poder popular* (Volksmacht), revolutionärer Demokratie und Sozialismus gestellt. Doch da heute niemand behaupten kann, den Weg zum Sozialismus und die genaue Gestalt desselben zu kennen, wird er in Venezuela

– in deutlicher Abgrenzung zum »Realsozialismus« – als noch in Entwicklung befindlicher »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« definiert.⁴

Venezuela reiht sich in die Suche ein, die in den vergangenen Jahren global, und vor allem in Lateinamerika, viele soziale und politische Akteure beschäftigt hat. Beispiele dafür auf dem amerikanischen Doppelkontinent sind der »partizipative Haushalt« in Porto Alegre (Brasilien) oder die *Autonomie* der zapatistischen Bewegung in Chiapas (Mexiko), aber auch die Piquetero-Organisation in Argentinien oder die Landlosenbewegung in Brasilien. Diesen und anderen Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte in Lateinamerika ist die Ablehnung repräsentativer Mechanismen gemeinsam.

Es macht daher wenig Sinn, Venezuela mit liberal-demokratischen Kategorien zu messen und die Rückkehr zu diesen zu fordern. War es doch gerade das Scheitern des liberal-demokratischen Modells bezüglich der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie der politischen Partizipation und in Folge die Ablehnung der Logik der Repräsentation, die in Venezuela zu der Forderung nach direkter Demokratie führte, die als »partizipative und protagonistische Demokratie« in die Verfassung einging. Es gilt vielmehr, Demokratie anders zu denken. Angesichts der mangelnden Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen liberal-demokratischer Regime ist die Untersuchung des Transformationsprozesses Venezuelas, der sich der Suche nach einem partizipativ-demokratischen Modell jenseits der liberalen Demokratie verschrieben hat, von großer Relevanz.

Die Sache mit dem Staat

Bis in die 1980er Jahre hinein dominierten in Lateinamerika Konzepte der »nationalen Befreiung«, die in der Regel eine stark institutionalisierte Partei in der Führung des Staates vorsahen, unterstützt von einem großen Gewerkschaftsdachverband sowie anderen Massenorganisationen (z.B. Bauern, Frauen u.a.), die strukturell mit der Regierung bzw. Partei verbunden waren. Sie agierten als »Vorfeldorganisation« oder »verlängerter Arm« der Partei im Sozialen. Gemeinsam mit einer »nationalen Bourgeoisie«, der ein Interesse an einer Binnenentwicklung unterstellt wurde, unternahm der Staat lenkende Interventionen in die Ökonomie und Gesellschaft, um eine eigenständige nationale Entwicklung und Transformation voranzutreiben, die eine Souveränität gegenüber Ländern des Nordens (vornehmlich den USA) anvisierte. Es

⁴ Es besteht kein Zusammenhang mit dem gleichnamigen Buch von Heinz Dietrich (2002).

wurden antiimperialistische Positionen eingenommen und strategische Bündnisse mit anderen Staaten der »Dritten Welt« gesucht.

Die Vorstellung der Zentralität einer Übernahme des Staates, der Nutzung desselben, um den gesellschaftlichen Transformationsprozess zu leiten, und die Idee des Aufbaus einer sozialistischen Wirtschaft mittels Verstaatlichung geht letztlich auf Lenin zurück. Bei Marx findet sich keine zusammenhängende Analyse des Staates. An verschiedenen Einzelaussagen im Laufe der Jahre lässt sich eine Entwicklung zu einer Position erkennen, welche die einfache Übernahme ausschließt. So stellen Marx und Engels nach eingehender Untersuchung der Pariser Kommune in einem neuen Vorwort zur deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifest 1872 fest, dasselbe sei »stellenweise veraltet«, und erklären: »Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, dass ›die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann.« (Marx/Engels 1872: 96)

Engels äußert sich später im »Anti-Dühring« und in »Zum Ursprung der Familie« eindeutiger zum Staat als Marx. Dort findet sich auch die Grundlage für Lenins verkürzte Vorstellungen zu Staat und Sozialismus. So ist der Staat schlicht ein Instrument der ökonomisch mächtigen Klasse zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse. »Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.« (Engels 1876/78: 261) Weitere Gedanken bezüglich der Überwindung des Staates macht Engels sich nicht. Mit dem Ende der Klassen verschwindet bei ihm der Staat gleich mit (ebd. 262).

In »Staat und Revolution« feiert Lenin zwar die Analyse der Pariser Kommune von Marx und Engels und die Notwendigkeit einer Zerstörung des Staates, doch zugleich nimmt er eine für die kommunistische Bewegung folgenreichere Vereinfachung vor:⁵ »Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft in Gang zu bringen.« (Lenin 1917/18: 34)

So bahnte sich in der kommunistischen Bewegung (und vielen vom »Marxismus-Leninismus« beeinflussten revolutionären Bewegungen) die Ansicht

⁵ »Staat und Revolution« war als praktisch-propagandistisches Werk geschrieben, um die Machtergreifung der Bolschewiki vorzubereiten. Lenin war in erster Linie ein Revolutionstheoretiker und beschäftigte sich erst aus der praktischen Notwendigkeit heraus mit Staat und Revolution.

den Weg, die Übernahme des Staates sei die zentrale Aufgabe der Revolutionäre, um dann mittels des Staates die Massen zu leiten und den Sozialismus aufzubauen. So wie die Anhänger der Sozialdemokratie⁶ denken die (bewussten oder unbewussten) Anhänger leninistischer Traditionslinien, dass die gesellschaftliche Transformation vom Staat, d.h. mittels einer staatlichen Reformpolitik organisiert wird. Im Unterschied zur Sozialdemokratie, die den Kapitalismus mittels des Staates bloß »humanisieren« wollte, wollten die Kommunisten ihn aber überwinden. Im Zentrum kommunistischer Begehrlichkeit stand fortan die Übernahme des Staates, der dann sozusagen seine eigene Transformation bewerkstelligen sollte.⁷

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci stellte fest, moderne Gesellschaften funktionierten wesentlich komplexer als das feudale Russland und beruhten nicht nur auf Repression, sondern auch auf der Herstellung eines aktiven Konsens unter den Regierten. Dies geschehe in der Zivilgesellschaft, die selbst einen Teil des integralen Staates darstelle. Damit analysiert Gramsci sehr treffend die Funktionsweise moderner Staaten, doch in seiner Gegenstrategie ist es ebenfalls die Partei, die die verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft durch Stärkung der eigenen Organisation und Gewinnung der Hegemonie zur Eroberung des Staates in einen langen Stellungskrieg führt, um den Staat dann in einen »sittlichen Staat« einer »regulierten Gesellschaft« zu verwandeln.⁸

Die Tatsache, dass der Staat in den Ländern des »realexistierenden Sozialismus« keinerlei Anstalten machte abzusterben, sondern ebenfalls die Form eines repressiven Staates annahm, führte in den 1960er und 1970er Jahren zu einer wieder verstärkten Beschäftigung mit dem Staat. Neo-marxistische Ansätze analysieren den Staat als bürgerlichen Staat, als strukturellen Bestandteil des Kapitalismus und nicht als ihm äußerlich gegenüberstehend. Damit ist er kein neutrales Instrument im Transformationsprozess und seine Übernahme bedeutet auch keine gesellschaftliche Transformation in Rich-

⁶ Sozialdemokratische Strömungen in der Tradition von Hegel und Max Weber interpretieren den Staat als Subjekt und neutrales Instrument, d.h. sie schreiben ihm eine Autonomie der Macht zu, folglich kann der Staat auch einfach »anders genutzt werden«.

⁷ Andere Positionen existierten zwar auch immer in der kommunistischen Bewegung, blieben aber marginal. So stand für Rosa Luxemburg die proletarische Autonomie der Bewegung und die Überwindung von Staatlichkeit in einer sozialistischen Gesellschaft im Zentrum.

⁸ Ebenfalls problematisch ist Gramscis Utopie, die, wie in »Amerikanismus und Fordismus« (Gramsci, Bd. 9, Heft 22: 2061-2101) deutlich wird, an den Fordismus gekoppelt ist.

tung Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, da er ein Produkt eben dieser Verhältnisse ist.

Louis Althusser unterscheidet ideologische und repressive Staatsapparate, stellt die Trennung von »öffentlich« und »privat« als solche in Frage und differenziert beim Staat zwischen Staatsapparat und Staatsmacht. Während die Staatsmacht von wechselnden politischen Kräften besetzt werden könne, würde der Apparat als solcher fortbestehen, daher sei dieser zu zerschlagen (Althusser 1977). Nicos Poulantzas unterscheidet, ähnlich wie Althusser, Staatsapparate und Staatsmacht: »Eine Veränderung der Staatsmacht allein transformiert die Materialität des Staatsapparates nicht.« (Poulantzas 1978: 121) In seiner Analyse ist der Staat weder neutrales Instrument noch Subjekt, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis und damit Kampffeld. Der kapitalistische Staat dürfe nicht begriffen werden »als ein sich selbstbegründendes Ganzes [...], sondern, wie auch das ›Kapital, als ein Verhältnis, genauer, als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.« (ebd. 119)

Die unbestreitbare Erkenntnis ist, dass ein emanzipatorischer Transformationsprozess nicht mittels des Staatsapparates bewerkstelligt werden kann. Dieser ist nicht einfach nur ein Instrument der Inhaber der Staatsmacht, aber er ist auch mehr als nur die Staatsmacht oder die Institutionen. So spaltet sich die linke Theorie und Praxis vor allem an der Frage des Verhältnisses zum Staat: Soll er bekämpft oder soll er übernommen werden? Wie weit sollen sich Linke auf den Staat einlassen? Die Anhänger von Staatsübernahmekonzepten sehen den Staat, trotz aller Komplexität, als zentrale Steuerungsinstanz und versprechen sich eine staatlich gelenkte Transformation. Die Gegner einer »Machtübernahme«, einer Mitarbeit im Staat oder einer Kooperation mit demselben, sehen den Staat als strukturell einer revolutionären Transformation entgegengesetzt, der alle Kräfte, die sich auf ihn einlassen, korrumpiert bzw. kooptiert. Sie trauen nur den politisch-sozialen Bewegungen eine Fähigkeit zur Transformation zu. Zwischen diesen beiden extremen Positionen existieren selbstverständlich noch allerhand Schattierungen.

Mit den sich verstärkenden Globalisierungsprozessen und dem Scheitern (meist ökonomisch und zugleich bezüglich der emanzipatorischen Perspektive) der Ansätze nationaler Befreiung wurde von Intellektuellen und politischen Organisationen zunehmend die Unmöglichkeit eines eigenständigen Vorgehens von Ländern der »Dritten Welt« in einer globalisierten Welt formuliert. Dies führte zu einer Absage an radikale Veränderungen und einer »Sozialdemokratisierung« seitens vieler ehemals revolutionärer Linker. Die Staatsfixierung blieb dabei jedoch erhalten.

Unter dem Einfluss vor allem französischer Theoretiker⁹ begannen in den 1980er Jahren viele lateinamerikanische Intellektuelle und Sozialwissenschaftler in den unabhängigen Bewegungen und den sich *von unten* mobilisierenden Bevölkerungssegmenten das zentrale transformatorische Potenzial zu sehen. Dies ging aber häufig damit einher, dass die Wirkungsmacht der Bewegungen als auf die Sphäre des Sozialen eingeschränkt interpretiert wurde. Der Horizont einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation, Merkmal der alten Arbeiterbewegung, wurde ihnen abgesprochen. Die weiterhin antisystemischen Bewegungen lehnten wiederum zum Großteil die traditionellen Muster und Organisationsmechanismen, sowie den Weg der Emanzipation über den Staat, als unmöglich ab. Doch auch dieses Konzept weist deutliche Grenzen auf. Sobald die Selbstorganisation als reale oder auch nur potenzielle Infragestellung staatlicher Macht angesehen wird, ist sie, so zeigt es die historische Erfahrung, massiver staatlicher Repression und Vernichtung ausgesetzt.

Der Aufbau von zwei Seiten

Angesichts der Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre, die zur Wahl zahlreicher – bei allen Unterschieden – linker und progressiver Regierungen (und sei es nur die Erwartung gewesen) geführt hat, haben Linke in Lateinamerika – staatsfixiert oder nicht –, und vor allem die Bewegungen, begonnen, ihr Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen neu zu definieren (Denis 2001, 2005; Mazzeo 2007; Rauber 2003, 2006; Wainwright 2003). »Breite Sektoren unserer Gesellschaften scheinen zu begreifen, dass das denkbar beste Szenario in der Kontinuität der progressiven Regierungen besteht, die notwendigerweise immer unter Druck gesetzt werden müssen, sich nicht auf die Verwaltung der geerbten Situation zu beschränken.« (Zibechi 2006: 227)

Dabei zeigt sich in Lateinamerika, und vor allem in Venezuela (sowie in Ecuador und Bolivien), wie sich eine Linke herausbildet, die – in Anlehnung an Ernst Bloch ausgedrückt – Politik als Herausforderung der Praxis erfährt. Der Konstituierungsprozess einer neuen emanzipatorischen Linken in vielen Teilen Lateinamerikas geht mit den Erfordernissen und Erfahrungen der Praxis einher. Es ist eine »Kombination historischer Erfahrungen, Kampfpraxen,

⁹ Eine zentrale Rolle spielte hier Alain Touraine (1971) mit seinem Konzept der »Neuen Sozialen Bewegungen«, die er als wichtigstes Moment des Widerstandes in kapitalistischen Systemen definierte.

Theoretisierung zu diesen Praxen und von Wissen, welches die Geburt einer ›neuen Neuen Linken‹ ankündigt und in sich trägt.« (Nicanoff 2007: 12)

Der Transformationsprozess in Venezuela als Aufbau von zwei Seiten widerspricht in Bezug auf die Rolle des Staates und seiner Verwobenheit mit Bewegungen vielen in aktuellen theoretischen Suchbewegungen geäußerten Positionen (Hardt/Negri 2002b, 2004; Holloway 2004a). Aber die normativ formulierte zentrale Rolle von Basisbewegungen und die Selbstorganisation widerspricht den Positionen staatszentrierter Linker. Es handelt sich um einen ungewöhnlichen neuen Weg der Kämpfe und der Strategie gesellschaftlicher Transformation, der Konzepte *von oben* und *von unten* kombiniert.

Einerseits werden eine antiimperialistische Politik nationaler Souveränität, die Stärkung des Staates und der Institutionen sowie eine Strategie aktiver Steuerung ökonomischer Prozesse in einer gemischten (kapitalistischen) Wirtschaft verfolgt. Andererseits ist die erklärte normative Orientierung, dass Bewegungen eine zentrale Rolle im Prozess einnehmen und über eine Autonomie verfügen. Die herausragende Rolle der Basis ist z.B. in den entscheidenden Eigenmobilisierungen von unten gegen den Putsch 2002, beim »Unternehmerstreik« 2002/2003 und beim Referendum über Chávez Präsidentschaft 2004 deutlich geworden. Auch vertreten diverse Massen- und Basisorganisationen, die sich voll und ganz als Teil des Prozesses verstehen und Chávez unterstützen, wie etwa der 2004 gegründete Gewerkschaftsdachverband UNT (*Unión Nacional de Trabajadores*), die Bauernorganisation FNCEZ (*Frente Nacional Campesino Ezequiel Zamora*), die Urbanen Landkomitees CTU (*Comités de Tierra Urbana*) Positionen, die kontrovers zu bestimmten Regierungspolitiken stehen. Das *von unten* wird durch Selbstverwaltungsstrukturen und die Dezentralisierung von Entscheidungsgewalt und Gestaltungsmacht in die Basis hinein gestärkt und ist aktiver Bestandteil des Aufbaus eines neuen Staates und einer neuen Gesellschaft, in der die Trennung zwischen politischer und ziviler Gesellschaft tendenziell abgebaut bzw. überwunden werden soll. Dabei ist durchaus ein Bewusstsein darüber vorhanden, dass der Staat und seine Strukturen in einem antagonistischen Verhältnis zu Emanzipation und Befreiung, zum anvisierten Aufbau eines sozialistischen Gesellschaftssystems stehen.

Der Aufbau von zwei Seiten verschiebt den gesellschaftlichen Antagonismus zum Teil in den Staat hinein. Es entstehen neue staatliche Institutionen, welche die Aufgabe haben, die Basis und die Bewegungen im Aufbau von Strukturen, die perspektivisch den Staat und seine Institutionen ersetzen sollen, zu unterstützen und zu begleiten. Zugleich gibt es aber auch institutionelle und strukturelle Widerstände im Staatsapparat selbst gegen diesen Anspruch und diese Praxis. Verstärkt wird diese Problematik durch die Zentralität des

Erdöls für die Ökonomie, die wiederum Staatsfixiertheit, Zentralisierung und vertikale Strukturen fördert (Coronil 1988; Lander 2009). Diese Verzerrung hat eine weitere Besonderheit hervorgebracht: Die Rentiersökonomie¹⁰ verschob den Klassenkampf in der Weise, dass er vermittelt über Staat, bzw. über den Zugriff auf die staatlich verwalteten Ressourcen abläuft, da der Staat im wesentlichen den gesellschaftlichen Reichtum verteilt.

Der venezolanische Prozess versucht, entgegen gängiger Vorstellungen sozialer Transformation, einen Weg neu zu erfinden, mit dem Staat und Gesellschaft in einem Wechselverhältnis zwischen oben und unten neu definiert werden und der eine Perspektive in Richtung Überwindung kapitalistischer Verhältnisse eröffnet. Die große Herausforderung liegt darin, den Prozess offen zu gestalten und ein Vorgehen *von oben* zu entwickeln, das das *von unten* unterstützt, begleitet und stärkt, ohne es zu kooptieren oder zu beschränken. Zugleich geht es darum, *von unten* Strategien hervorzubringen, welche es ermöglichen, aktiver Teil des Aufbaus des Neuen zu sein, ohne sich *von oben* vereinnahmen zu lassen oder die Initiative an den Staat und seine Institutionen zu verlieren. Es geht um ein Verhältnis zwischen konstituierender und konstituierter Macht, bei dem erstere impulsgebend und schöpfend bleibt, und darum, ob und wie der Staat und seine Institutionen im Wechselverhältnis mit den Bewegungen die Überwindung der eigenen Formen angehen können.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, inwieweit vom Staat initiierte Mechanismen der Basisorganisation eine relative Autonomie entwickeln können, was wiederum die Voraussetzung dafür ist, dass sie den Staat transformieren können. Dies kann nicht gelingen, wenn sie staatliche Strukturen und Mechanismen reproduzieren. Empirisch untersucht werden diese Fragen anhand der *Consejos Comunales* (CCs), denen die zentrale Rolle im Aufbau von *poder popular* und in der Überwindung des bürgerlichen Staates zukommt. Die CCs sind ursprünglich »von unten« entstanden, als eine revolutionäre Form, als Ausdruck *sui generis* des Klassenkampfes (ähnlich den

¹⁰ Eine Rentiersökonomie charakterisiert den Rentierstaat. Dabei handelt es sich um eine Ökonomie, die im wesentlichen von Rente, also von Abgaben auf extrahierte und exportierte Rohstoffe lebt und kaum produktive Tätigkeiten und Investitionen tätigt. Ein Rentierstaat schöpft externe Renten ab, d.h. Kapital vom internationalen Kapitalkreislauf. Ökonomisch ist neben der kaum stattfindenden Binnenentwicklung die Rentenökonomie auch problematisch, da sie eine starke Rohstoffexportabhängigkeit (und damit Abhängigkeit vom Weltmarkt) und große Einnahmeschwankungen hervorbringt und Importe gegenüber der Binnenproduktion begünstigt. Zudem ergibt sich in Rentierstaaten leicht eine Kopplung von politischer Macht und ökonomischen Möglichkeiten. Zur Rentiersökonomie in Venezuela und den Folgen für Staat und Gesellschaft siehe Coronil 2002. Trotz der Bemühungen der Chávez-Regierung, von der Rentiersökonomie wegzukommen, ist sie für Venezuela nach wie vor bestimmend.

Sowjets in der Russischen Revolution). Sie wurden dann vom Staat aufgegriffen und massiv propagiert und gefördert. Das hat zu einer großen Ausbreitung und Stärkung der CCs geführt, jedoch auch ihr organisches Wachstum gestört. Die CCs bewegen sich in einem Spannungsverhältnis zwischen eigenständiger, pluraler und lokaler Organisation zur Selbstverwaltung und andererseits der Tendenz, als eine Art chavistische Basisgruppen oder verlängerter Arm der Institutionen angesehen zu werden.

Die Untersuchung

Wie so oft haben die politischen Transformationen nicht auf die Theorie gewartet und es gibt keine solche, die zu erklären vermag, was in Venezuela oder auf dem Kontinent geschieht. Dass aus der Krise des venezolanischen Modells ein System mit den Charakteristiken der Chávez-Regierung hätte hervorgehen können, hat in den Sozialwissenschaften – gleich welcher politischen oder ideologischen Ausrichtung – niemand auch nur als Möglichkeit antizipiert. Was auch nahelegt, dass die Grundlagen ihrer Arbeit in Frage zu stellen sind.

Seit 1999 sind nur wenige tiefergehende Untersuchungen zum venezolanischen Transformationsprozess erschienen, die sich mit der Demokratisierung und Partizipation an der Basis beschäftigen. Die meisten Analysen des Prozesses vermögen das Wesen desselben nicht zu erfassen, da sie liberal-demokratischen Kategorien folgen oder, auf Seiten der Linken, entweder nur Einzelfragen nachgehen (z.B. ob bestimmte Bedürfnisse erfüllt werden) oder imaginierten Stereotypen verfallen.¹¹ Nur wenige beschäftigen sich explizit mit den Problematiken des Aufbaus von zwei Seiten (z.B. Ellner 2006a). Meist wird das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Bewegungen ausgeblendet oder es wird versucht, es harmonisch aufzulösen.

Es existiert keine umfassende Aufarbeitung der Partizipationsprozesse in Venezuela. Die Wissenschaftlerinnen Buxton und McCoy urteilten 2008, die »elitäre und personalistische Tendenz, sich auf Chávez zu konzentrieren, hat unsere Aufmerksamkeit von den komplexen Veränderungen und Entwicklungen abgelenkt, die sich an der Basis der Gesellschaft ereignet haben.« Ein Merkmal aktueller Analysen sei »die Abwesenheit von seriöser Feldforschung

¹¹ Die unter europäischen Intellektuellen verbreitete Ansicht, in Venezuela werde ein Sozialismus »von oben« aufgebaut, der häufig dem Prozess in Chiapas entgegengestellt wird, sagt mehr über deren Eurozentrismus und Unkenntnis aus als über den venezolanischen Prozess.

mit Qualität. Die in bestimmten Momenten geäußerten Urteile spiegeln Positionen, Haltungen und Meinungen wider, die typischerweise auf große Entfernung formuliert werden (geographisch und metaphysisch) von dem, was auf dem ›Terrain selbst‹ läuft. « Dieses Buch hat hingegen sowohl Auswertungen vorhandener Untersuchungen sowie die jahrelange Arbeit in sozialen Prozessen in Venezuela zum Hintergrund. Ich verbringe seit 2004 etwa die Hälfte des Jahres in Venezuela, habe dort mit Aktivisten aus den *Consejos Comunales* und in Fabriken gearbeitet und für die Untersuchung jeweils Dutzende Interviews mit Makro-Akteuren, Aktivisten aus den CCs und Arbeitern aus Fabriken geführt. Letztere beiden mit dem Ansatz der *co-research* oder *conricerca* (Panzieri 1965): Die Mituntersuchung, mit der die Betroffenen selbst Abläufe, derer sie Teil sind, beschreiben und analysieren.

In diesem Buch geht es vor allem um die Effektivität, die Reichweite und die Probleme in der Umsetzung von partizipativen Ansätzen in der venezolanischen Gesellschaft, die darin auftauchenden Widersprüche und Konflikte (z.B. zwischen Staat und Bewegungen, Bürokratie und Basis) und inwieweit darin Elemente vorhanden sind, die daraus einen Weg in Richtung eines Abbaus der Trennung von Politik, Ökonomie und Sozialem machen. Die Untersuchung konzentriert sich auf das zentrale Feld der *Consejos Comunales* als wichtigste Form lokaler territorialer Organisierung. Letztlich geht es darum, wie der venezolanische Prozess als Aufbau von zwei Seiten erfolgt und welches emanzipatorische Potenzial er in sich birgt. Kann die konstituierende Macht gestalterisch wirken und eine neue Institutionalität auf den Weg bringen, deren Grundlage die kommunitäre Selbstverwaltung ist?

Das Buch hat drei Schwerpunkte. Einer liegt in der ausführlichen Darstellung der historischen Entwicklungen, die zum Verständnis des Kontextes beitragen, aus dem sich die den venezolanischen Transformationsprozess tragenden Kräfte entwickelt haben und darüber, wie verschiedene, für die bolivarianische Bewegung prägende Positionen entstanden sind. Auch davon ausgehend, dass die Kenntnis der Vergangenheit unabdingbar ist für ein komplexes Verständnis der Gegenwart (Bloch 2002: 50). Dazu gehören Entstehung und Niedergang des traditionellen Parteiensystems im Wechselverhältnis mit den popularen Bewegungen und die Rolle der Militärs in Venezuelas formaler Demokratie im Wechselverhältnis mit der bewaffneten Linken, die Darstellung des Bolivarianismus und die kritische Analyse des verfassungsgebenden Prozesses von 1999 und der gescheiterten Verfassungsreform von 2007. In der historischen Darstellung sowie im Verständnis der Geschichte orientiere ich mich am Ansatz marxistischer britischer Historiker wie Eric J. Hobsbawm, George Rudé und Edward P. Thompson, oder dem US-Amerikaner Howard Zinn, die eine »Geschichte von unten« sichtbar machen und

Bewegungen eine klare Rationalität zuschreiben. Jenseits des historischen Kapitels konzentriert sich die Analyse auf die Zeit seit dem ersten Amtsantritt von Chávez im Februar 1999 bis Anfang 2010.

Der zweite Schwerpunkt beschäftigt sich mit für den Transformationsprozess und sein Verständnis wichtigen theoretischen Zugängen, die jeweils mit der venezolanischen Realität in Bezug gesetzt werden. Zu Beginn steht die Klärung der Konzepte Demokratie, Zivilgesellschaft und Populismus. Es erfolgt eine Auseinandersetzung mit der gängigen Gleichsetzung der repräsentativen Demokratie der westlichen Kernländer mit Demokratie. Es wird ein Überblick zu den politikwissenschaftlichen Demokratiedebatten zu Lateinamerika geleistet und die Transitionsforschung einer grundlegenden Kritik unterzogen. Es folgt die Einordnung der gesellschaftlich breiten Ablehnung repräsentativer Logiken, die in der Forderung nach direkter Demokratie und Partizipation mündet. Angesichts der Zentralität des Begriffs Zivilgesellschaft in Demokratiedebatten der jüngsten Vergangenheit und in der Kritik an Venezuelas Transformationsprozess wird das Konzept geklärt. Schließlich wird der Dauervorwurf des Populismus gegenüber Chávez analysiert.

Es folgt das Demokratieverständnis des venezolanischen Transformationsprozesses. Für die Annäherung an die partizipative und protagonistische Demokratie werden verschiedene Konzepte der Partizipation und der direkten und radikalen Demokratie kritisch diskutiert. Das für Venezuela als normative Orientierung zentrale Konzept der konstituierenden Macht von Antonio Negri (1992) wird eingehend erläutert und anschließend im venezolanischen Kontext betrachtet. Darauf aufbauend folgt die Auseinandersetzung mit der mit dem Demokratieverständnis verbundenen Idee der *poder popular* (Volksmacht) als Praxis des Aufbaus des Sozialismus und den darin enthaltenen potenziellen Gefahren und Problemen. Und schließlich erfolgt eine Annäherung an die in Venezuela perspektivisch zu entwickelnde und aufzubauende Staatsform oder Nicht-Staatsform, des *Estado Comunal* (Kommunaler Staat). In einer Auseinandersetzung mit den Konzepten Klasse, Multitude und *Pueblo Soberano* (souveränes Volk) wird der Träger des Transformationsprozesses ausgemacht. Es wird analysiert wie populare Bewegungen verstanden werden und aufgezeigt, wie sich angesichts populärer Regierungen in Lateinamerika, und vor allem in Venezuela, die Parameter und das Verhältnis zwischen Regierungen und Bewegungen verändert haben.

Im dritten Schwerpunkt geht es um konkrete Partizipationserfahrungen. Zunächst einmal bezüglich wichtiger Mechanismen und Ergebnisse der sozialen, ökonomischen und politischen Partizipation. Die Grundzüge der Sozialpolitik der Chávez-Regierung werden erörtert und die als neue Parallelinstitutionen aufgebauten Sozialprogramme (*misiones*) analysiert. Vor allem

jene mit dem größten Effekt auf die Gesamtbevölkerung, wie der Aufbau einer flächendeckenden kostenlosen Gesundheitsversorgung durch die *Misión Barrio Adentro*, die Verbesserung der Ernährungssituation und die verschiedenen *misiones* im Bildungssektor. Wichtige Formen der protagonistischen politischen Partizipation, wie die lokale Partizipation an der Gestaltung der Trinkwasser- und Abwasserversorgung, die *Urbanen Landkomitees* CTU und andere, werden vorgestellt. Eine besondere Stellung nimmt hier die kritische Diskussion verschiedener Ansätze zur Demokratisierung des Besitzes und der Verwaltung von Produktionsmitteln ein. Im Anschluss erfolgt die Betrachtung diverser statistischer und quantitativer Indikatoren bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Venezuelas.

Der zentrale Fokus liegt auf den *Consejos Comunales* (CCs), die 2005 entstanden und auf den Aufbau einer neuen Institutionalität von unten zielen. Zunächst werden diverse davor experimentierte Ansätze lokaler Partizipation dargelegt. Die CCs werden bezüglich ihrer Entstehung, Struktur, Finanzierung und Arbeitsweise betrachtet. Zentral sind die Aspekte, die es ermöglichen einzuschätzen, inwieweit eine neue Institutionalität und Selbstverwaltung von unten entsteht, die den Staat redefiniert und das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft substantiell verändert oder ob die CCs durch den Staat kooptiert werden bzw. zu einem verlängerten Verwaltungsorgan mutieren. Das Verhältnis zwischen den CCs und den Institutionen wird im Hinblick auf Autonomie oder Abhängigkeit und Konflikt oder Kooperation analysiert. Darüber hinaus wird das Verhältnis zwischen den CCs und den populären Bewegungen und das Verhältnis zwischen den CCs und den *comunidades* – den als soziale Entität bestehenden Gemeinden/Gemeinschaften, der kleinsten Einheit territorialer (Selbst-)Zuordnung in urbanen wie ländlichen Regionen – untersucht sowie den Fragen nachgegangen, inwieweit sich die *comunidades* die CCs aneignen und wie ihr Verhältnis zum Staat ist.

Anmerkung

Es wird versucht, wo es möglich ist, geschlechtsneutrale Formen zu verwenden. In einigen Fällen werden die männliche und die weibliche Form genannt. Aufgrund der besseren Lesbarkeit aber meistens nur die männliche. Gemeint sind dann stets Männer und Frauen, es sei denn es wird gesondert darauf hingewiesen. Die vom Autor übersetzten spanischen Zitate und Interviewauschnitte werden der Übersichtlichkeit halber im Text nicht als Übersetzung gekennzeichnet. An der Quellenangabe ist die Originalversion erkennbar.

Schluss

Partizipative und protagonistische Demokratie und Aufbau von zwei Seiten – eine vorläufige Bilanz

In den ersten zehn Jahren des Transformationsprozesses ist es Venezuela gelungen, im Rahmen des Kapitalismus eine relative Souveränität zu erlangen, die soziale Situation deutlich zu verbessern, Demokratie und die Partizipation subalternen Schichten weit über den liberaldemokratischen Rahmen hinaus auszuweiten und eine andere Entwicklungsstrategie einzuleiten. Venezuela hat damit gezeigt: es ist möglich, in einer globalisierten Welt dem Staat eine andere Rolle zu verleihen. Vor allem in peripheren Ökonomien ist die Souveränität, die als Strategie von oben definiert werden kann, notwendig, um die politische und soziale Partizipation im Land zu stärken und eine eigene Entwicklung formulieren zu können, was mit Ansätzen *von unten* kompatible Strategien sind.¹ Wichtig ist dabei, dass die soziale Mobilisierung aufrechterhalten und gefördert wird, da ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auch keine gegen die Interessen der traditionellen Machtgruppen orientierte Politik möglich ist. Ohne einen massiven Druck von unten lässt sich keine radikale Politik gegen Eliten durchsetzen.

Die venezolanische Sozialpolitik bricht mit den liberalen fokussierten Praxen und hat einen universalistischen Ansatz. Verschiedene Indikatoren zeugen von den Verbesserungen. Ende 1998 lebten etwa 53% der Bevölkerung in Armut und 22,5% in extremer Armut. Ende 2009 war der Anteil auf 23 und 6% gefallen (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009: 10). Venezuela hat heute den besten Gini-Index Lateinamerikas. Die Resultate der meisten der mittlerweile über 30 *misiones* übertreffen in nahezu allen Bereichen trotz Problemen und Defiziten die anfänglichen Ziele und Erwartungen. Das lag auch ganz wesentlich an der Arbeitsweise: Gestützt auf die entstehende soziale Organisation der Bevölkerung konnten sie schnell aufgebaut werden und viele Menschen erreichen. Dadurch veränderte sich das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat. Und dass die Betroffenen durch die Partizipation zu Akteuren der

¹ Mazzeo weist hier richtigerweise darauf hin, dass die Autonomie die Souveränität brauche, obwohl diese mit der gesamten reaktionären Last der Nation, des Staates und der Repräsentation verknüpft sei (Mazzeo 2007a: 52f.).

Überwindung der eigenen Marginalisierung wurden, stellt eine wichtige Ermächtigung dar und hat einen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Partizipationsprozesses.

Es ist aber auch deutlich geworden, dass dem Aufbau einer gerechten Gesellschaft im Kapitalismus strukturelle Grenzen gesetzt sind. Eine wirkliche Befreiung des Menschen kann nur in einer sozialistischen Gesellschaft erreicht werden. Da es über deren Gestaltung in der aktuellen Phase aber keine Sicherheit geben kann, muss diese als Ergebnis eines breiten konstituierenden Prozesses von unten gesehen werden, der Herrschaft tendenziell aufhebt und in »kreatives Tun« überführt. Revolution ist damit kein einmaliger Akt, sondern ein lang anhaltender Prozess, in dem die konstituierende Macht das Neue hervorbringt. Selbstverständlich stellt diese Herangehensweise keine Erfolgsgarantie dar. Es hat sich aber gezeigt, dass es möglich ist, dass die konstituierende Macht schöpferisch tätig wird, demokratische nicht-repräsentative Mechanismen der Selbstverwaltung aufbaut und die Trennung zwischen Sozialem und Politischem tendenziell aufhebt. Damit ist es gelungen, Perspektiven für eine nicht-autoritäre sozialistische Gesellschaft zu eröffnen.

Strategien *von oben* und *von unten* bestehen im venezolanischen Transformationsprozess seit zehn Jahren nebeneinander, ohne dass es Anzeichen dafür gäbe, dass sich dies auf absehbare Zeit ändert. Der Aufbau von zwei Seiten erfolgt in diesem ständigen Spannungsverhältnis. So sehr der Staat viele Prozesse möglich macht, so sehr bremst er sie auch. Doch so sehr die konstituierende Macht auch behindert wird, das Neue trägt unweigerlich ihre Handschrift. Trotz aller Widersprüche, Konflikte und Gefahren im Aufbau von zwei Seiten hat sich in Venezuela gezeigt, wie wichtig es ist, über Regierungsmacht zu verfügen, um Transformationen weitertreiben zu können. Nicht um den Staat zum Akteur der Veränderung zu machen, sondern um Räume zu öffnen und die materiellen Bedingungen zu garantieren, damit das Neue von unten entstehen kann. Die Regierung ist das hybride Resultat des Zusammentreffens von Bewegungen und Staat, von etatistischen und antisystemischen Strömungen. Das Ergebnis ist nicht die Summe der Teile, sondern ein Prozess der Konstruktion einer neuen Governance, also eines strukturell neuen Steuerungs- und Regelungssystems. Dieser Prozess ist »weder ein einseitiger Aufbau, noch ein festgeschriebener Ort, sondern ein kollektiver Aufbau in Bewegung« (Zibechi 2008: 275).

Vorwürfe, die Demokratie in Venezuela sei durch den Transformationsprozess gefährdet oder defekt, sind inkonsistent und beruhen auf der Gleichsetzung von Demokratie mit liberaler Demokratie. So können Dimensionen der Demokratisierung gar nicht erfasst werden. Der reduzierten Betrachtung liegt die Transitionstheorie zugrunde, die davon ausgeht, dass freie Wahlen

und ein liberal-demokratisches Institutionengefüge zu einer politischen Demokratisierung führen, die in einer Ausweitung der sozialen Rechte mündet. Dies fand in Lateinamerika in den vergangenen Jahrzehnten keine Bestätigung. Die liberalen Demokratien erwiesen sich als autoritär und undemokratisch, die kolonialen Ausbeutungsverhältnisse sowie die Ausschluss- und Besitzverhältnisse blieben weitgehend intakt und seit den 1970er Jahren nahmen Armut und Marginalisierung wieder zu. In vielen Ländern führte dies zu schwerwiegenden ökonomischen und sozialen Krisen, die nicht selten in Krisen des politischen Systems umschlugen. Dabei war die Ablehnung der Repräsentation ein gemeinsames Element zahlreicher populärer Bewegungen. So ist der Anspruch der Partizipation in Venezuela umfassend und nicht limitiert und wesentlich passiv wie im liberal-demokratischen Rahmen. Es werden politische, soziale und ökonomische Partizipation und partizipative Modelle in allen Bereichen postuliert. Das geht auch über viele Konzepte radikaler Demokratie hinaus, in denen die Ökonomie außen vor bleibt.

In der Untersuchung ist immer wieder intensiv auf die Ideen und Vorstellungen, dem »Überbau« des bolivarianischen Prozesses, eingegangen worden. Die Kritik wird einwenden, es handele sich bloß um Schimären, denn das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewusstsein. Letzteres ist zweifellos richtig. Doch weder handelt es sich bei Sein und Bewusstsein um zwei gegensätzliche Pole, noch ist eine Gleichsetzung mit Basis und Überbau zulässig. Das Denken und die Ideen sind Teil des gesellschaftlichen Seins, denn es existiert ein Bewusstsein, »das nicht bloß rezipiert, noch Ideologien sich ausdenkt, sondern praktisch produziert« (Agnoli 1999: 15). Wie Ideen zur materiellen Gewalt werden, hat sich seit der Genese der Idee eines bolivarianischen Sozialismus 1964 bis zu den *Consejos Comunales* immer wieder deutlich gezeigt. Dabei entfachte sich die Wirkung häufig so untergründig, dass es der Wissenschaft nicht gelang, den aktuellen Werdegang auch nur als eine mögliche Variante vorzusehen. Miguel Ángel Pérez Pirela weist darauf hin, das Denken, das aktuell in Venezuela hervorgebracht werden müsse, müsse sein bisher charakteristisches Tempo verändern und sich wie in einer musikalischen Komposition der Melodie und dem Tempo der Ereignisse anpassen: »das Tempo eines *pueblo*, das nicht auf den Intellektuellen wartet, der das denken wird, was es zu tun gilt« (Sanoja 2008: IX).

Zahlreiche Analysen des Transformationsprozesses kranken daran, dass sie den Überbau außer acht lassen. Da es an einer einheitlichen Ideologie und einem klaren »Fahrplan« mangelt, werden die politisch-philosophischen Erklärungen und Debatten zum Transformationsprozess nicht ernst genommen. Daraus folgt eine mangelnde Kontextualisierung, die zu ständigen Banalisierungen, Unterschätzungen und Fehleinschätzungen führt. Ein Verständ-

nis des Prozesses und seiner Entwicklungen ist nur möglich, wenn auch ausführlich auf die Ideen und Vorstellungen eingegangen wird, die noch keine materielle Gewalt geworden sind.

Seit Ende 2005 verortet sich der Transformationsprozess im Kontext eines Sozialismus des XXI. Jahrhunderts. Dieser bleibt zwangsläufig ungenau, beinhaltet aber zahlreiche Elemente aus den kritischen und basisorientierten sozialistischen Strömungen. Das kapitalistische Gesellschaftsmodell soll durch ein sozialistisches ersetzt werden, das Ausgaben anders gewichtet und ein anderes Entwicklungsmodell verfolgt, welches mit der Rohstoffabhängigkeit und der Abhängigkeit von den Zentren der Welt bricht. Das ökonomische kapitalistische Rentenmodell soll in ein sozialistisches produktives Modell, das auf der Logik der Arbeit beruht, umgewandelt werden. Es gilt sowohl das Entwicklungsmodell wie auch das Akkumulationsmodell zu transformieren (Giordani 2009b: 22). Zu einer bedeutenden Referenz haben sich die Thesen für einen Transitionsprozess zum Sozialismus von István Mészáros entwickelt, der sich für den Aufbau kommunaler Produktions- und Konsumtionskreisläufe ausspricht, in denen die Arbeit die Tauschbeziehungen zwischen den Menschen bestimmt (Mészáros 1995: 792).

Die venezolanische Suche nach einer sozialistischen Gesellschaftsalternative ist stark in der kommunen- und räteorientierten sozialistischen Traditionslinie verortet und vermischt sich mit Elementen populärer, indigener und afro-venezolanischer kollektiver Erfahrungen. Sie führt den Sozialismus damit zurück auf die ursprünglichen Vorstellungen von Marx zur Organisation einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Sowohl in der Selbstorganisation wie auch in den Ansätzen zum Aufbau einer anderen Ökonomie liegt der Schwerpunkt auf der Idee der Kommune. Der Staat wird als integrales Produkt des Kapitalismus verstanden und muss als solcher überwunden werden. Dies soll mittels des Aufbaus eines *Estado Comunal*, einem Netzwerk selbstverwalteter Kommunen, geschehen.

Mit direktem Bezug auf Mészáros benennt Planungsminister Jorge A. Giordani als »emanzipatorische sozialistische Ziele« die sinnvolle Arbeit von assoziierten Produzenten, die selbstbestimmte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Schaffung der materiellen und politischen Bedingungen, welche die graduelle Schwächung des Staates garantieren (2009b: 58f.). Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Die Partizipationsmechanismen sind bei weitem nicht konsolidiert und brauchen Zeit, um sich zu bestätigen und zu legitimieren (Buxton/McCoy 2008; FCG 2008: 50). Die *misiones* und die partizipativen Politiken in Produktion und Arbeitswelt setzten erst ab 2003, die *Consejos Comunales* erst ab Ende 2005 ein. In so kurzer Zeit sind kein neuer Staat und keine neue Wirtschaft zu erwarten. Es ist aber ein Ge-

flecht der Jetztzeit (Benjamin) entstanden, das auf die Gesellschaft verweist, die angestrebt wird.

In den vergangenen zehn Jahren ist es gelungen, die soziale Basis des Transformationsprozesses auszuweiten und zu organisieren, ohne dass sie homogenisiert worden sei. Die Basisorganisationen des Prozesses sind autonom und nicht der Regierung oder Partei angegliedert. Bisher ist es dem bolivarianischen Prozess gelungen, pluralistisch zu bleiben. Selbst die Basis der PSUV hat sich allen Versuchen der Kontrolle und Disziplinierung widersetzt.

Zum zentralen und erfolgreichsten Partizipations- und Organisationsmechanismus sind in kurzer Zeit die *Consejos Comunes* geworden. Zum Erfolg hat das Zusammenspiel zwischen Staat und Bewegungen beigetragen: Die CCs entstanden *von unten* und wurden *von oben* aufgegriffen und bekannt gemacht. Die *comunidad* entspricht einer vorhandenen Selbstzuordnung und stellt die Ebene der stärksten sozialen Identifikation dar. Vor allem in den *barrios* besteht eine außergewöhnlicher Wille zur Organisation und Übernahme der eigenen Interessen. Die CCs verfügen dadurch über ein enormes Potenzial zur Organisation der Bevölkerung und Entfaltung der konstituierenden Macht. Dies ist von den meisten Sozialwissenschaftlern völlig unterschätzt worden. Die Ermächtigung und Selbstermächtigung der Subalternen hat einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationsprozess in Gang gesetzt, der kein soziales Verhältnis und keinen Bereich unberührt lässt. In den CCs der *barrios* von Caracas ist zu beobachten, wie ihr Aufbau ein kollektiver Akt der *comunidades* ist, die sich als solche bewusst konstituieren, indem sie das Territorium, die notwendigen Komitees und die Arbeitsweise diskutieren und entscheiden. Sie selbst bestimmen kollektiv ihre Probleme, schlagen die Lösungen vor und setzen sie gemeinsam um. Die *comunidades* eignen sich die CCs an und passen sie ihren Bedürfnissen und Kapazitäten an.

Die organisierten *comunidades* können in der Regel die grundlegendsten Probleme bezüglich Ernährung, Bildung und medizinischer Versorgung lösen. Die Konzentration auf die materiellen Ergebnisse verstellt aber den Blick auf die sozialen Prozesse, die das wesentliche Moment der CCs darstellen. Der Prozess des Aufbaus der CCs verändert die *comunidades*, da es sich um einen aktiven Prozess der Herstellung von *comunidad*, um einen Akt der sozialen Konstruktion handelt. Die Erfolge auf der Grundlage der eigenen Organisation und Mobilisierung lassen das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten wachsen. Damit einher geht ein Wachstum des politischen Bewusstseins und der Autonomie. Interne Konflikte werden meistens von den *comunidades* selbst, ohne Zutun der Institutionen, gelöst. Und auch wenn Missbrauch von Geldern vorkommt, so weisen die CCs im allgemeinen eine höchst effiziente

Ressourcenverwaltung und Projektdurchführung auf, unvergleichbar besser als jede staatliche Institution.

Die Einschätzung, die meisten CCs seien nicht in der Lage, mehr als kleine Veränderungen in ihrem Umfeld vorzunehmen (García-Guadilla 2008; López Maya 2008), ist falsch. Die Partizipation trägt zum »Bruch des territorialen Einschlusses« (Lacabana/Cariola 2005b: 37) bei. Die Bevölkerung der *barrios* erobert den öffentlichen Raum auf drei Ebenen zurück: kollektiver Raum, Lebensraum und institutioneller Raum. Die Partizipation ermöglicht es den *comunidades* und ihren Anwohnern, Perspektiven zu entwickeln und eine Lebensplanung vorzunehmen, die stärker selbstbestimmt ist und nicht wie zuvor auf das reine Überleben beschränkt bleibt. Frauen partizipieren vor allem in den *barrios* deutlich mehr als Männer. Die Partizipation und der Ermächtigungsprozess führen zu einer positiven Veränderung der Geschlechterrollen und Geschlechterverhältnisse.

Bei aller Kritik an den Institutionen betrachten selbst die Akteure aus den CCs sie nicht als das Hauptproblem. Für die konstituierende Macht existiert keine Grenze. Es handelt sich um ein zu überwindendes Hindernis. Alle *comunidades* entwickeln Strategien, um ihren Willen durchzusetzen. Diese reichen von der Aktivierung persönlicher Kontakte über Protestschreiben und Proteste in den Institutionen bis zum Zusammenschluss mit anderen CCs, um mehr Druck entfalten zu können.

So eignen sich viele *comunidades* auch die höhere Ebene der *Comunas* an und *Comunas* und Kommunale Städte gründen sich auch von unten und ohne Zutun des Ministerium für die *Comunas*. Erleichtert wird der Aufbauprozess, indem es die *Comunas* und Kommunalen Städte selbst sind, die definieren, welche Prioritäten sie setzen und welche Aufgaben und Planungen sie übernehmen. Der Aufbau der neuen Selbstverwaltung verläuft entlang der Aspekte, die von der Bevölkerung als die wichtigsten oder als am besten geeigneten bestimmt werden. So sind ein Großteil der im Aufbau befindlichen und am weitesten fortgeschrittenen *Comunas* in ländlichen Regionen und rund um Fragen der Landwirtschaft, Energieversorgung und Transport organisiert. Als innovativ und bedeutend ist hier vor allem zu unterstreichen, dass die höheren Ebenen nicht bestehenden politisch-administrativen Territorien entsprechen müssen, sondern über Munizips- und sogar Bundesstaatsgrenzen hinaus reichen können, wenn dies dem gemeinsamen sozio-kulturell-ökonomischen Raum, der von unten gestaltet werden soll, entspricht. Dies wird dem normativ formulierten größeren Gewicht der konstituierenden Macht gegenüber der konstituierten Macht gerecht, verändert das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft weiter und legt die Grundlagen für eine Anpassung der Verwaltung an die Gesellschaft und nicht andersherum.

Die Transformation und Demokratisierung der Ökonomie hat sich als bisher problematischster Aspekt herausgestellt. Das sollte nicht verwundern. Dazu existieren weniger Erfahrungen und Alternativen als zu Formen gesellschaftlicher Organisation und sie sind aufgrund der Totalität des kapitalistischen Modells und der Globalisierung der Ökonomie auch am schwierigsten umzusetzen. In der Wirtschaft konzentrieren sich enorme Privatinteressen, die sich gegen eine Neuordnung und Demokratisierung sperren. Diese Interessen reichen weit in die Institutionen und staatlichen Unternehmen hinein. Die immensen Schwierigkeiten, selbst in den staatlichen Basisindustrien die zentralstaatlichen Politiken der Regierung durchzusetzen, liegen im großen Widerstand in den Unternehmen und von lokalen, regionalen, nationalen und internationalen Klientel- und Interessensnetzwerken begründet.

In Debatte und Praxis der Organisation der Produktion erlangen Räte langsam eine wichtigere Bedeutung. Selbstverwaltete Fabriken mit vorher unterschiedlichen Unternehmensformen haben Räte eingeführt, als die »endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomisch Befreiung der Arbeit sich vollziehen« (Marx 1871: 342) kann. Ihre Verbreitung ist bisher gering und es ist nicht abzuschätzen, ob und wie schnell sich eine Rätebewegung bildet oder ob sich Modelle staatlicher Unternehmensverwaltung durchsetzen. Angesichts der Charakteristik des bolivarianischen Prozesses ist vorstellbar, dass beides lange Zeit nebeneinander existieren wird. Als besonders wichtig und positiv ist in diesem Zusammenhang, dass im Mai 2010 Arbeiter als Direktoren der 17 Basisindustrien der staatlichen Holding CVG eingesetzt wurden, um die Transformation der Betriebe und den Aufbau einer Arbeiterkontrolle voranzutreiben.

Das Weiterbestehen der Strategien *von oben* und *von unten* im Transformationsprozess und die Vertiefung der Transformation haben vor Augen geführt, dass es jenseits der beiden gescheiterten Strategien, den Staat als Akteur der Veränderung zu begreifen oder revolutionäre Veränderungen gänzlich ohne Übernahme des Staates vollziehen zu wollen, möglich ist, einen Aufbau von zwei Seiten zu praktizieren. So haben trotz aller Widersprüche die Diskurse und Vorgehensweisen der Regierung die soziale Mobilisierung gestärkt. Das Verhältnis zwischen konstituierender und konstituierter Macht ist dabei nicht harmonisch, sondern von Konflikt und Kooperation geprägt.

Auch wenn die Politiken der Regierung die Partizipation fördern und zu einer enormen Politisierung der Bevölkerung beitragen, entstehen an den Schnittstellen zwischen oben und unten regelmäßig Konflikte. Angesichts des strukturellen Widerspruchs zwischen konstituierender und konstituierter Macht ist dies weder überraschend noch negativ. Die konstituierende Macht wird durch Widersprüche und Konflikte angetrieben. Sie ist ein Kon-

zept der Krise, die auch ihr Motor ist (Negri 1992: 364). Die neue Gesellschaft kann deshalb nicht in Planungsbüros entstehen, sondern nur in der konkreten Praxis.

Eng verknüpft damit ist das Konzept der *poder popular*, also Potenzial und Fähigkeiten der Subalternen, sich durch Organisierung und Bildung selbst zu regieren und so Herrschaftsverhältnisse auszuhebeln. Dies verweist auf basisdemokratische Mechanismen, Selbstverwaltung und Räte und damit auf die tendenzielle Überwindung der Spaltung in politische und soziale Sphäre. Ab 2005 wurde der Aufbau der partizipativen und protagonistischen Demokratie und ab 2007 auch der des Sozialismus offiziell mit *poder popular* verknüpft. *Poder popular* ist dabei nicht eine Interimsetappe bis zur Konsolidierung der Macht des »revolutionären Staates« und/oder der Partei, sondern die Praxis des Aufbaus des Sozialismus, Weg und Ziel. Da es in Venezuela aber keine Zerschlagung oder Zusammenbruch der alten Strukturen gab, ist der Aufbau neuer Strukturen viel ausgedehnter in der Zeit und tritt ständig mit der konstituierten Macht in Konflikt. Es handelt sich um einen ständigen kollektiven Selbstermächtigungsprozess von unten, der die konstituierende Macht immer weiter schiebt.

Die wachsende Organisierung von unten und die Entwicklung der *poder popular* stoßen jedoch automatisch mit der konstituierten Macht zusammen und verdrängen sie, wenn diese ihrerseits nicht die konstituierende Macht einschränkt. Eine Verlängerung der doppelten Macht in der Zeit ist nur vorstellbar, wenn sich das Kräfteverhältnis zugunsten der konstituierenden Macht verschiebt und diese die konstituierte Macht kontrolliert. Das würde eine tiefgreifende Transformation der konstituierten Macht und eine Resignifikation des Staates bedeuten. In diese Richtung geht die Idee des *Estado Comunal*, der mehr ein Nicht-Staat als ein Staat ist. Ob es in Venezuela gelingen wird, mit der Rationalität der Moderne zu brechen und das Soziale und das Politische wieder zusammenzuführen, ist selbstverständlich nicht vorauszusagen.

Die größte Gefahr liegt darin, wie oft zuvor, die neue, vermeintlich »revolutionäre« konstituierte Macht als Vollendung der doppelten Macht zu sehen. Bisher hat die Regierung und allen voran Chávez den Staat nicht wie in anderen revolutionären Prozessen als *die* revolutionäre Macht begriffen, sondern im Gegenteil eine doppelte Macht gefördert und in der Zeit verlängert. Trotz gegenteiliger normativer Orientierung überwiegt in den Institutionen aber die Logik *von oben*, den Staat als Akteur der Veränderung zu sehen und *poder popular* als ein in die Verwaltung integriertes Anhängsel. Die Strategie *von unten* hingegen begriff den Staat mit einer progressiven Regierung an der Macht als günstigen Rahmen für den Aufbau von *poder popular* im Hinblick auf die Überwindung des Staates in seiner Form.

Die neuen Praxen populärer Organisation und Partizipation haben eine qualitative Veränderung der traditionellen politischen Kultur in die Wege geleitet und für einen reichhaltigen Erfahrungsschatz an gesellschaftlicher Selbstbestimmung gesorgt. Die institutionell begleiteten Selbstorganisationsprozesse, allen voran die *Consejos Comunales*, haben eine Eigendynamik entwickelt, die trotz aller eigenen Unzulänglichkeiten und Probleme die Institutionen überholt. Der Wille, sich zu organisieren und eine protagonis-tische Rolle in der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes einzunehmen, ist in den *barríos* und vielen ländlichen *comunidades* enorm. Die umfangreichen Möglichkeiten der Weiterbildung in *misiones*, Universitäten, Workshops und Schulungen werden massiv wahrgenommen und tragen sowohl zum persönlichen Wachstum der Einzelnen bei wie auch zur kollektiven Entwicklung der *comunidades*. Diese gewinnen an Kompetenz, Organisation, Kollektivität und Autonomie.

Doch mit der Vertiefung des Transformationsprozesses wird es zunehmend schwieriger, mit den Institutionen eines bürokratischen bürgerlichen Staates eine Politik zu verfolgen, für die sie strukturell nicht geschaffen sind. Zahlreiche Leitlinien, angekündigte Regierungspolitiken und sogar verabschiedete Gesetze werden gar nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Korruption und Klientelismus sind nach wie vor weit verbreitet. Hinzu kommt die Gegenwehr der Institutionen aus ihnen heraus, sich selbst überflüssig zu machen. Die Ausweitung der Partizipationsmechanismen vervielfacht die Konfliktpunkte zwischen konstituierender und konstituierter Macht und im Staat selbst, der zunehmend vom Klassenkampf durchzogen ist. Um die Souveränität durchzusetzen und die sozialen Rechte zu befriedigen, muss der venezolanische Staat gestärkt werden. Das bringt die Gefahr mit sich, repräsentative, korporative und korrupte Praxen zu reproduzieren und auszudehnen, anstatt sie zu überwinden. Die Ausweitung der institutionellen Maßnahmen führt zugleich zu einer wachsenden Bürokratisierung, die wiederum die erklärten Prozesse der Öffnung und Transformation behindert und zu einer institutionellen Verwaltung sozialer Prozesse tendiert. Der Staat beschränkt sich in der Praxis nicht darauf, die Initiativen von unten zu begleiten und zu fördern, sondern weist gleichzeitig eine Tendenz zur Disziplinierung und Kooptation der populären Organisation auf. So ist die öffentliche Finanzierung für die populären Initiativen ambivalent. Sie ist notwendig zur gesellschaftlichen Umverteilung der Ressourcen und fördert die Selbstorganisation, da die positiven Auswirkungen spürbar sind, andererseits aber fördert das Abhängigkeitsverhältnis auch die Gefahr klientelistischer Beziehungen. Die neue Institutionalität von unten ist aufgrund des asymmetrischen Machtverhältnisses zwischen konstituierender und konstituierter Macht ständig der

Gefahr ausgesetzt, Logiken der konstituierten Macht zu reproduzieren, insbesondere hierarchische Strukturen, repräsentative Mechanismen und Bürokratisierung. Damit wäre sie nicht mehr Embryo einer zukünftigen Gesellschaft, sondern ein Anhängsel der konstituierten Macht.

Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist offensichtlich, was aber nicht negativ sein muss, wenn die Realität offen und am Anspruch orientiert bleibt. Dieser muss zwangsläufig weiter als die Realität sein, ohne aber den Kontakt zu ihr zu verlieren, da ansonsten keine Debatte, Entwicklung und Perspektive entstehen kann. Viele Politiken weisen trotz aller Widersprüche diese Offenheit auf, ganz besonders die *Consejos Comunales*, *Comunas* und Kommunalen Städte, die das Potenzial haben, ein ständiger konstituierender Prozess zu sein, eine Institution der konstituierenden Macht. Die weitere Entwicklung ist aber ungewiss. Der Prozess der populären Partizipation kann sich weiter ausbreiten und vertiefen oder aus verschiedensten Gründen ermüden oder bürokratisieren. Es handelt sich um einen »Weg der nicht aufgehört hat, zu einem guten Teil eine Übung zu sein« (Chávez 2007a: 4).

Venezuela ist seit zehn Jahren das größte gesellschaftliche Labor der Welt. Es bietet einen ungeheuren Reichtum an Erfahrungen im Aufbau einer anderen Gesellschaft mit dem »kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (Marx 1843: 385). Ob das Bewusstsein über die Notwendigkeit, das Vorhandene zu verändern, zu einer neuen Ordnung führt oder in einem bloßen Elitenaustausch endet, muss sich noch zeigen. Dafür werden nicht nur die hier vorwiegend betrachteten Ebenen des Spannungsverhältnisses zwischen oben und unten und des Klassenkampfes ausschlaggebend sein, sondern auch die Bedrohungen des venezolanischen Prozesses von außen und durch die Opposition. Welchen weiteren Verlauf die Entwicklungen in Venezuela auch nehmen, für die Debatte und die Praxis zu einer emanzipatorischen Gesellschaft leisten sie einen fundamentalen Beitrag.

Wahlen zur Nationalversammlung 2010

Am 26. September 2010 fanden in Venezuela Wahlen zur Nationalversammlung statt. Die PSUV und Verbündete gewannen 98 der 167 Sitze, das breite Oppositionsbündnis MUD (Mesa de la Unidad Democrática) 65 und die Anfang 2010 aus der Regierungskoalition ausgescherte PPT zwei Sitze. Die PSUV verfehlte ihr selbst gestecktes Ziel einer Zweidrittelmehrheit. In Zahlen ist das Wahlergebnis allerdings viel knapper, sodass kaum von einem großartigen Sieg die Rede sein kann, allerdings auch nicht von einer Niederlage, wie

viele Medien, auch international, über die Wahl titelten. Die PSUV und Partner erhielten 5.422.040 Stimmen, die MUD 5.320.175 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 65% sehr hoch für eine Parlamentswahl in Venezuela. Die Opposition behauptete noch vor Veröffentlichung der offiziellen Zahlen, sie habe 52% der Stimmen erhalten, aber aufgrund der von der Regierung ungleich zugeschnittenen Wahlkreise nur eine Minderheit der Stimmen zugesprochen bekommen. Die Meldung wurde unüberprüft von den meisten Medien weltweit übernommen.

In Venezuela werden 60% der Abgeordneten direkt in Wahlkreisen gewählt und 40% über Liste. Die Wahlkreise sind tatsächlich gemäß eines neu beschlossenen Gesetzes geändert worden, aber nicht zu Gunsten der Regierung. In Venezuela bestehen, so wie auch in anderen Ländern der Welt, Unterschiede in der Größe der Wahlkreise. Würden alle gleich groß sein, könnten einige dünner besiedelte und abgelegene Gebiete auf keine Vertretung mehr zählen. Tatsächlich errang die PSUV viel mehr Direktwahlmandate, da ihre Stimmen gleichmäßiger über das Land verteilt sind (sie gewann in 16 von 23 Bundesstaaten die Mehrheit der Abgeordneten). Aber auch die MUD profitierte von der Regelung und bekam beispielsweise im Zulia mit knapp 56% der Stimmen neun der zwölf Sitze.

Mit der einfachen Mehrheit kann die PSUV immer noch notwendige Gesetze durchbringen und Entscheidungen treffen. Eine Zweidrittelmehrheit wird allerdings benötigt, um weitergehende gesetzliche Grundlagen zu beschließen und um das Personal für bestimmte staatliche Institutionen zu ernennen. In der Legislaturperiode 2000 bis 2005 – die Wahlen für die Periode 2006-2011 wurden von der Opposition boykottiert – verfügten die Parteien, die Chávez unterstützten, allerdings sogar nur über schwankende 83 bis 92 Abgeordnete.

Ein Blick auf die Ergebnisse früherer Wahlen zeigt, dass die Wahlen zur Nationalversammlung so schlecht für die PSUV und Verbündete verliefen, weil viele, die 2009 beim Referendum über die Möglichkeit mehrerer Amtszeiten für Bürgermeister, Gouverneure und den Präsidenten noch für das Regierungslager gestimmt hatten, der Wahl fernblieben. Stimmten 2006 noch 6,31 Millionen Menschen für die von der Regierung vorgeschlagene Verfassungsänderung und 5,195 Millionen dagegen, verloren PSUV und Verbündete fast 900.000 Stimmen, während die Opposition nur etwa 125.000 hinzugewann.

Einerseits geht ein schwieriges Jahr zuneige. Bis vor kurzem war aufgrund einer durch das Wetterphänomen El Niño verursachten zweijährigen Trockenheitsperiode und des aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gestiegenen Energiebedarfs, Strom und Wasser knapp. Es kam immer wieder zu Rationierungen und Ausfällen (Venezuela generiert 70% seines Strombe-

darfs über Wasserkraft). Die stark gefallenen Ölpreise ab Ende 2008 und die Wirtschaftskrise setzten Venezuela stark zu und die Inflation stieg wieder an. Angesichts dieser Umstände ist das Ergebnis als durchaus gut zu bezeichnen. Der ehemalige argentinische Präsident und Unasur-Sekretär Nestor Kirchner gratulierte Chávez nach den Wahlen und äußerte erstaunt: »Wenn wir in Argentinien kein Gas und keinen Strom haben, die Aufzüge nicht funktionieren ..., dann bekommen wir vier Prozent der Stimmen und müssten auf der Straße vor unseren Verfolgern fliehen.« (Noticias24.com 27.9.2010)

Andererseits blieben auch viele der Basis des bolivarianischen Prozesses fern, da sie die weiter bestehende Korruption und Ineffizienz vieler Institutionen abstrafen wollten und die von der PSUV aufgestellten Kandidaten ablehnten. Zwar hatte es in der PSUV Primärwahlen um die Direktwahlmandate gegeben, dennoch setzten sich vielerorts die Kandidaten der Gouverneure, Minister und sonstiger einflussreicher Politiker durch, die ihre Propagandamaschine in Gang setzten. Und die Listenplätze wurden wieder von oben bestimmt. In Catia, einem großen und kämpferischen popularen Viertel von Caracas, hatte es bereits im Vorfeld großen Unmut gegeben, und zahlreiche Basisorganisationen hatten die Kandidaten der PSUV offen abgelehnt. Hochrangige Delegationen der PSUV und der Regierung kamen zu Gesprächen ins Viertel. Die breite Basis konnten sie offensichtlich nicht überzeugen. Ebenso gingen in dem bolivarianisch regierten Anzoátegui alle Direktmandate an die Opposition. Es steht also eine umfassende Analyse, Kritik und Kurskorrektur an. Noch ist nichts verloren, aber ein Sieg offensichtlich auch nicht mehr automatisch zu erringen.